Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 66 (1972)

Heft: 9

Artikel: Südafrikanische Barbarei, wann nimmt sie ein Ende?

Autor: Evangelischer Pressedienst (Schweiz) / Evangelischer Pressedienst (Deutschland)

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142068

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

diese ihr Übermaß abbauen, um den andern ein Mindestmaß zu ermöglichen. Wer den großen Rückstand der Dritten Welt in der Entwicklung kennt, ist sich bewußt, daß es nicht leicht sein wird, ein richtiges und gerechtes Maß in der Stabilisierung des Weltwachstums zu finden. Dabei ist es begreiflich, daß die Entwicklungsländer allen Maßnahmen mit Mißtrauen begegnen. Ferner zeichnet sich die Gefahr heute schon ab, daß einerseits umweltverschmutzende Industrien in die Dritte Welt verlegt werden und anderseits Produkte, die bei uns verboten werden, in die Dritte Welt abgeschoben werden.

Zum Schluß noch ein Echo aus der welschen Schweiz. Unter dem Titel «Ein revolutionärer Vorschlag: das Wachstum stoppen», bringt die vierzehntäglich erscheinende Zeitung «L'Essor» ihre Stellungnahme zur MIT-Studie und vor allem zu den Vorschlägen Mansholts. Sie erfaßt das Kernproblem «es handelt sich nicht darum, auf irgend etwas zu verzichten, sondern darum, die Gesamtheit der menschlichen Anstrengungen anders zu orientieren, ein anderes Ideal zu entdecken als dasjenige des maximalen materiellen Komforts.»

Es ist nicht leicht, aus dem verschiedenartigen Widerhall, den die MIT-Studie ausgelöst hat, endgültige Konsequenzen zu ziehen. Die Probleme sind vielschichtig und zum Teil gegensätzlich. Diese Tatsache darf aber nicht dazu führen, den Dingen wie bisher ihren Lauf zu lassen.

Wäre es wirklich so unmöglich, so unrealistisch, sich auf ein einfacheres Leben einzustellen? B. Wicke

Südafrikanische Barbarei, wann nimmt sie ein Ende?

Unsere Leser sind nachgerade im Bilde über die Situation der Schwarzen und Mischlinge in Südafrika. Wir haben in sehr vielen Aufsätzen und Meldungen auf die Tendenz der südafrikanischen Regierung hingewiesen, jeden Widerstand gegen die Apartheid als Kommunismus zu brandmarken. Wir glauben, die wiederholte Durchleuchtung der faschistischen und neofaschistischen Strömungen, sei es im südlichen Afrika oder in Teilen Europas rechtfertige sich, angesichts der «Ruhe und Ordnung»-Mentalität, die sich so gerne mit der «Geschäft um jeden Preis-Gesinnung» paart und die auch schweizerischen Milieus nicht fremd ist.

Die Schwarzen standen lange Jahre allein gegen die nationalistische Regierung, die 1948 an die Macht kam. Die United Party, die parlamentarische Opposition, die Handels- und Industriekreise vertritt, nahm Anstoß an der Brutalität, mit der das System der Rassentrennung ge-

handhabt wurde, zog aber ruhig Gewinn aus unmenschlich niedrigen Löhnen, dem Streik- und Organisationsverbot für Schwarze; die Geschäftswelt verdankt den «höchsten Lebensstandard der Welt», auf den Südafrika so stolz ist, geradezu der Apartheid. Der Mangel an gelernten Arbeitern, eine direkte Folge der Diskriminierung der Schwarzen in der offiziellen Bildungspolitik, veranlaßt die Handels- und Industriekreise heute Reformen in Ausbildung und Behandlung der Schwarzen zu verlangen. Ohne Zweifel mißfällt ihnen auch die Bloßstellung Südafrikas durch die UNO-Resolutionen der letzten Jahre, die sich Südafrika durch seine rassistische Politik zugezogen hat. Doch der Aufstand gegen das rassistische Prinzip kommt, abgesehen von einzelnen mutigen Persönlichkeiten, wie Helen Suzman, nicht von dieser Seite.

Der Protest gegen die Apartheidpolitik der nationalistischen Regierung Vorster, ein Widerstand, der sich zur politischen Aktion verdichten könnte, kommt seit einiger Zeit hauptsächlich von den Kirchen der Union und von den Universitäten, was durch Demonstrationen in Kapstadt, in Johannesburg, an der Universität Witwatersrand und an anderen Hochschulen illustriert wird. Kapstadt und Johannesburg gehören zu den sogenannten «offenen Universitäten», die sich beharrlich für ein gemeinsames Studium von Weißen und Nichtweißen eingesetzt haben. Bei einer Teilnahme, zu verschiedenen Malen, von Tausenden von Studenten,, kam es zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, welche die Demonstranten in Kapstadt am 2. Juni zum Beispiel bis in die St. Georgs-Kathedrale hinein verfolgte und zusammenschlug. Kirchenleute und sämtliche Zeitungen in Südafrika gaben ihrer Entrüstung über Vorsters Polizei-Aktion Ausdruck. Eine Ausnahme machen natürlich immer die Regierungsblätter und die Behörden der Niederländisch-reformierten Kirche Südafrikas, der Staatskirche also, die maßgebend an der Ausarbeitung des Rasseprogramms beteiligt war und das politische Apartheidsystem zu einer Art Heilslehre erhoben hat. Noch anfangs dieses Jahres rief diese Kirchenleitung die Gläubigen zum Gehorsam gegenüber der Regierung auf. Dieser Appell war nötig geworden, weil auch innerhalb der Holländisch-reformierten Kirche die Rassenpolitik der Regierung angefochten wird. An einer Synode in Pretoria wurde erklärt: «Wir fragen uns, ob die südafrikanische Lebensart überhaupt noch der christlichen entspricht, und wir müssen mit Nein antworten.» Diese Kritik fand die Rückendeckung der Niederländisch-reformierten Kirche in Holland, die in einer Resolution an ihre Tochterkirche in Südafrika die Apartheidpolitik scharf verurteilt und darauf hingewiesen hatte, daß der Rassismus in Widerspruch zur Botschaft der Bibel steht. Die lutherischen Kirchen und die Missionen in Südafrika, in denen sich ein starkes deutschsprachiges Element und ein hoher Prozentsatz deutscher Mitarbeiter befinden (z. B. Berliner Mission. Red.) haben keine eindeutige Stellung zur Regierungspolitik bezogen. In den

weißen Kirchen stehen die Leitungsorgane unter dem Druck der Gemeinden, vorsichtig zu sein und sich politisch nicht zu exponieren. In den schwarzen oder «coloured» Gemeinden bedrängen die Gläubigen die kirchlichen Behörden, im Gegenteil, die Apartheid offen zu verurteilen.

Die englisch geprägten Kirchen (Anglikaner, Methodisten, Kongregationalisten) lehnen die Apartheid als unvereinbar mit dem christlichen Glauben ab. Auf gewisse erschreckende Parallelen in Südafrika zu Nazi-Deutschland hat der Dekan der anglikanischen Kirche in Kapstadt, E. King, hingewiesen. Der Direktor des christlichen Instituts in Johannesburg, Pfarrer Beyers-Naudé, forderte die Christen Südafrikas auf, sie sollten sich zu einer «bekennenden Gemeinde», ähnlich der Bekennenden Kirche während der Hitlerzeit in Deutschland, zusammenschließen.

Anfangs März 1972 hat das römisch-katholische Episkopat an einer Bischofskonferenz und in einem Hirtenbrief die südafrikanische Regierung verurteilt. Es warf ihr vor, die Menschenrechte nicht zu schützen und dem Konflikt der führenden Politiker mit dem Geist des Christentums indifferent gegenüber zu stehen. Die Bischöfe forderten das Wahlrecht für Schwarze, Asiaten und Mischlinge, die 75 Prozent der Bevölkerung ausmachen und für das Land arbeiten, nicht aber ein Bürgerrecht ausüben können. Die Bischöfe seien erschüttert, hieß es, wenn sie an die Menschen denken, die ohne Gerichtsverfahren festgehalten, des Landes verwiesen oder sogar durch Folterungen zum Schweigen gebracht (oder zum Selbstmord getrieben. Red.) werden, nur weil sie aus ihrer christlichen Nächstenliebe heraus für Rassengleichheit eintreten.

Das **Christliche Institut** steht heute an vorderster Front gegen die Apartheid. Es ist eine Gründung des Ökumenischen Rates von Südafrika, und will die Einheit aller Christen in einer getrennten Gesellschaft ausdrücken. Sie versucht, erlaubte und verbotene Kontakte zwischen Menschen aller Rassen zu fördern, der Rassenfrage nachzuspüren, die Wahrheit über die getrennte Gesellschaft und ihre Auswirkungen zu untersuchen, zensurierte Briefe, Repressalien im In- und Ausland zu veröffentlichen. Sie legt damit Zeugnis ab für eine neue christliche Gesellschaft und leistet Hilfe an die unabhängigen schwarzen christlichen Kirchen. Sie fördert in den weißen christlichen Kirchen das Umdenken, das zu einer gerechteren Gesellschaft führen kann.

Was Pfarrer Naudé vom Christlichen Institut als Alternative zu den gegenwärtigen Verhältnissen in Südafrika vertritt, steht in jedem Punkt im schärfsten Gegensatz zur Rassenpolitik der Regierung. In seinen konkreten Vorschlägen führt er aus: «Die weißen Christen müssen ihr Gemeinschaftsleben so umgestalten . . ., daß die Rassentrennung im Gottesdienst, beim Abendmahl und im kirchlichen Bruderschaftsleben statt normal zu sein, zur abnormalen Lebensweise wird. Die Geschäfte

und Betriebsunternehmen, fährt Naudé fort, müssen ernsthaft bestrebt sein, die Lage der Schwarzen zu verbessern: ausreichende Gehälter, gleicher Lohn für gleiche Arbeit — unbekümmert ob man schwarz, farbig oder weiß ist; Aufbau eines Gesundheitsdienstes und einer Altersversorgung für die Schwarzen, die den für die Weißen bestimmten entsprechenden sozialen Diensten ebenbürtig sind; Ausbau des Gewerkschaftslebens in dem Sinne, daß die schwarze Arbeiterschaft direkt oder über ihre Funktionäre mit dem Arbeitgeber über Löhne und Arbeitsumstände verhandeln kann; Verbesserung der Wohnungseinrichtungen für die Nichtweißen; bessere Ausbildungs- und Erziehungsmöglichkeiten zum Beispiel durch Einführung der Schulpflicht für schwarze Kinder auf der Primarschulstufe, analog zur Schulpflicht für weiße Kinder, oder durch Auszahlung von Stipendien auch an Schwarze und Farbige; Presse- und Vereinsfreiheit für die politische Opposition, die Gegner der Apartheid. Eine Wirtschaftskommission verschiedener südafrikanischer evangelischer Kirchen fordert in einer Studie die Abschaffung des südafrikanischen Wanderarbeitersystems und die Aufhebung jener Rassengesetze, die schwarze Familien daran hindern, gemeinsam in den Städten zu wohnen, in denen der Ernährer arbeitet. Die Kommission weist der Privatwirtschaft eine hervorragende Rolle zu bei der Überwindung der Apartheid. Die Unternehmer sollten gerechtere Lohnskalen für schwarze Arbeiter einführen und diesen die Erlaubnis zur Gründung von Gewerkschaften geben. Die Kommission verweist auf das Beispiel der amerikanischen Firma Polaroid, die den schwarzen Arbeitskräften weit mehr bezahlt als den vorgeschriebenen Mindestlohn. Einen Grundsatzentscheid hat auch der Lutherische Weltbund an seiner Exekutivausschuß-Tagung vom 10.—20. Juli 1972 in Nordsumatra gefällt. Er zog aus seiner ablehnenden Haltung zur Apartheidpolitik die Konsequenzen und beschloß, seine Geschäftsverbindungen zu solchen Banken abzubrechen, die durch ihr Geschäftsgebaren dazu beitragen, die Stellung der Nichtweißen in Südafrika zu verschlechtern. Durch seine «moralische Politik» will der Lutherische Weltbund versuchen, die südafrikanischen Firmen zu einer liberalen Behandlung nichtweißer Arbeitskräfte zu veranlassen. Gleichzeitig bittet er die Mitgliedkirchen, in ihren Ländern sich dafür einzusetzen, daß unter diesem Gesichtspunkt die Kapitalinvestitionen in Südafrika überprüft werden. Hier ist auch die Schweiz angesprochen. Als viertgrößter Handelspartner Südafrikas könnte sie einiges zur Verbesserung der Lage der Nichtweißen beitragen, wenn sie nur mit jenen südafrikanischen Firmen Geschäfte abschließen würde, die im Stil von Polaroid dem diskriminierenden Klassen- und Rassenkampf gegen die schwarze Bevölkerung ein Ende bereiten würden. In diesem Zusammenhang verdient auch die Stimme eines schweizerischen Gewerkschaftsführers Beachtung. Der Zentralpräsident des Schweizerischen Verbandes evangelischer Arbeitnehmer, Max Graf, hat kürzlich geschrie-

ben: «Braucht man sich wirklich noch zu wundern, wenn die südafrikanischen Schwarzen und Farbigen, die von sogenannten Christen geknechteten Völker, für die «Freiheitsschalmeien» der kommunistischen Propagandisten ein offenes Ohr haben? Wenn es der südafrikanischen Regierung mit der Bekämpfung des Kommunismus wirklich ernst ist, dann müßte ihre erste Sorge darin bestehen, daß in ihrem Land die Freiheit und die soziale Wohlfahrt nicht nach der Hautfarbe, sondern aufgrund der Würde des Menschen bemessen wird.»

Zum Teil dem Ev. Pressedienst der Schweiz und dem Ev. Pressedienst Deutschland entnommen.

Eigentum, aber wie?

Es gibt drei Elementarfragen des menschlichen Zusammenlebens, die bis heute nicht nur ungelöst sind, die sich auf dem Boden der industriellen Massengesellschaft vielmehr noch verschwierigt haben. Es sind dies erstens die Eigentumsfrage — zweitens die Frage der Stellvertretung — drittens die Übervölkerungsfrage.

Die tiefsteinschneidende und darum die grundlegende der drei Elementarfragen ist die Eigentumsfrage. Seit Rousseau und der Französischen Revolution steht sie auf der Tagesordnung der öffentlichen Auseinandersetzung; das ganze 19. Jahrhundert hallt von dem Proudhon-Schlagwort «Eigentum ist Diebstahl» wider.

Leider muß man feststellen, daß es kaum ein gesellschaftliches Problem gibt, das so hartnäckig und so grausam verunklart, ja auf den Kopf gestellt worden wäre wie das Eigentumsproblem. Es ist ein Doppelbetrug, der hier betriebenwird: a) Es wird als «Eigentum» bezeichnet, was in Wahrheit dessen Gegenteil, nämlich Herrschaft über Andere ist — b) die größte Enteignungsmacht, welche die Geschichte kennt, die kapitalistische Wirtschaftsverfassung, hat es verstanden, sich selber als Eigentumsschützerin hinzustellen, Eigentumsfeindlichkeit hingegen dem Sozialismus und dem Kommunismus in die Schuhe zu schieben.

Nach richtiger Auffassung, die bei Proudhon an vielen Stellen nachgelesen werden kann, stehen Eigentum und Person des Eigentümers in einer natürlichen und sozialgesetzlichen Relation: Das Eigentum an Sachen hat die Bestimmung, dem Menschen als materielle Grundlage seiner Selbstbehauptung gegen den Andern, insbesondere gegen den Staat, zu dienen. Eigentum ist zugleich individualisierend und dezentralisierend. Wo es diese Urfunktion verliert, wo es gar dazu dient, andere Menschen in Dauerabhängigkeit zu stürzen, zu «versklaven», hört es auf, Eigentum zu sein: Es wird zum Übereigentum